

Der Courier  
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.  
Erscheint jeden Mittwoch.  
Bezugspreis:  
für Kanada ..... \$2.50  
für Ausland ..... \$3.50  
Büros und Druckerei:  
1885 Halifax Street, Regina.

# Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadianer

"The Courier"  
is the leading Canadian Paper  
in the German language.  
Issued every Wednesday.  
Subscription price:  
in Canada ..... \$2.50  
to foreign countries .. \$3.50  
Offices and printing plant:  
1885 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang 12 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. März 1924 12 Seiten Nummer 19

## Nebereinkommen zwischen Canada und Ver. Staaten

Gemeinsame Ausarbeitung des St. Lorenz-Projekts  
Ernennung von Nationalkommissionen

Zwischen den Vereinigten Staaten und Canada ist ein Nebereinkommen zustande gekommen, kraft dessen beide Regierungen Nationalkommissionen ernennen werden, die der gemeinsamen amerikanisch-canadischen Ingenieurkommission beistehen sollen, das geplante Tiefwasser-Projekt vom St. Lorenzstrom zu den Großen Seen zu realisieren.

Der von Präsident Coolidge ernannte amerikanische Nationalkommission wird Sekretär Hoover vorsetzen. Derselbe wird folgende Mitglieder umfassen:

Wm. C. Reed, früherer Präsident der New York Merchants Association; James C. Davidson von Van City, Mich.; James B. Goodrich, früherer Gouverneur von Indiana; James H. Howard von Chicago, früherer Präsident der American Farm Bureau Federation; James T. Roon von der American Federation of Labor; Stephen B. Davis, Rechtsanwalt von Washington; Charles P. Crauch von Duluth, Minn., und ein weiteres, noch nicht bestimmtes Mitglied, das die kommerziellen Interessen der Neuenlandstaaten repräsentieren soll.

Der Präsident sagte bei der Ernennung dieser Kommission unter anderem: "Es ist mein Wunsch, das Kommissionsmitglied und nationale Standpunkte ins Auge fassen und die verschiedenen Standpunkte nach ihren Ansichten konsultieren, um in der Lage zu sein, zu entscheiden, ob das Projekt zu dieser Zeit in Angriff genommen werden sollte oder nicht. Sollte diese Frage bejahend beantwortet werden, dann möchte ich, daß sie die Formulierung solcher Projekte in Beratung nehme, die in Bezug auf Konstruktion, Finanzierung und Verwaltung einem internationalen Nebereinkommen als Basis dienen könnten."

Das Projekt, die Großen Seen des canadischen und amerikanischen Völkern, ist seit langer Zeit die stille Hoffnung von Millionen Leuten gewesen und in dem Bewußtsein dieses Projekts seiner Verwirklichung um einen Schritt näher zu bringen, erlaube ich die, Ihre Dienste der Sache zu widmen."

Das Staatsdepartement meldete, daß die beiden Regierungen in der Angelegenheit zu einem Nebereinkommen gelangt seien, auf Grund dessen das bereits bestehende Direktorium von Ingenieuren noch um zwei amerikanische und zwei canadische Ingenieure vermehrt werden würde.

Die Entschlüsselung der Wasserwege des St. Lorenzstromes würde es Cyaneidischen ermöglichen, die Häfen der Großen Seen anzulaufen. Zur selben Zeit würde eine gemaltene Wasserbetriebskraft entwickelt werden. Die Gesamtkosten des Projekts werden auf \$252,728,720 veranschlagt.

## Eine Finanzwirtschaft auf guter Grundlage

Premier Dunning von Saskatchewan entwirft ermutigendes Bild

Lehtjähriges Defizit durch Guthaben aufgewogen. — Hoffnung auf Bilanzierung des Provinzialhaushaltes. — Dem Schrei nach Sparsamkeit vorausgeeilt.

Der Haushaltsvoranschlag der Provinzialregierung von Saskatchewan für das kommende Finanzjahr bis Ende April 1925 sieht Gesamteinnahmen in Höhe von \$16,504,920 und Gesamtausgaben in Höhe von \$16,525,920 vor. Die Regierung hofft ihr Budget tatsächlich balancieren zu können. Ein Vergleich mit dem Voranschlag für das letzte Jahr zeigt, daß keine Absicht besteht, die Einnahmen durch neue oder erhöhte Steuern zu vermindern. Die zu erwartenden Ausgaben zeigen eine Verminderung von \$1,299,798, während die Einnahmen um \$1,338,563 weniger geschätzt werden.

Premier Dunning betonte bei der Verhandlung dieses Jahres Budgets, daß die Regierung das Ziel hat, den Staatshaushalt im nächsten Jahre zu bilanzieren. Er erklärte, daß die Regierung sich bemühen wird, die Ausgaben zu vermindern, ohne die Einnahmen zu erhöhen. Er erklärte, daß die Regierung sich bemühen wird, die Ausgaben zu vermindern, ohne die Einnahmen zu erhöhen.

Er erklärte, daß die Regierung sich bemühen wird, die Ausgaben zu vermindern, ohne die Einnahmen zu erhöhen. Er erklärte, daß die Regierung sich bemühen wird, die Ausgaben zu vermindern, ohne die Einnahmen zu erhöhen.

## Das neue Zweiglinien-Programm

Thornton unterbreitet den Plan dem Eisenbahnminister

Ottawa. — Das Zweiglinien-Programm der Canadian National Railways wurde in Ottawa von Sir Henry Thornton, dem Eisenbahnminister überreicht. Das neue Programm entspricht dem des letzten Jahres, obwohl an einigen Stellen im Wesentlichen, wo der Hauptplan der C.N.R. die U.S.A. angeht, hat in das nämliche Gebiet einzubringen, die Linien nicht verdoppelt werden. Es wird als überflüssig betrachtet, da wo bereits eine andere Linie im Entstehen begriffen ist, eine weitere zu bauen. Am dreijährigen Programm soll festgehalten werden und zwar deswegen, weil, wenn die Arbeiten einmal begonnen sind, es unübersichtlich ist, das ohne Unterbrechung fortzuführen. Der Senat liegt jedoch das Recht zu, Änderungen und Ergänzungen vorzunehmen. Die im letzten Jahre vom Senat vertretene Ansicht ging dahin, alles anzunehmen oder abzulehnen. Das widerpricht dem vom Oberhaufe vor einigen Jahren einmütig angenommenen Grundsatze, als es sein Recht auf Änderungen betonte.

Der gleiche Kampf wird neuer Tage.

Es ist sehr schwer für Regierungen, wirklich zu sparen und doch gleichzeitig die Forderungen nach öffentlichen Diensten jeder Art zu berücksichtigen.

Die öffentlichen und städtischen Municipalitäten von Saskatchewan haben für ihre eigenen Zwecke insgesamt \$25,507,866 Steuern erhoben, oder \$30.78 pro Kopf. Die Provinzialverwaltung waren wesentlich niedriger, nämlich \$18.28, oder \$5.83 pro Kopf.

Eine kluge Regierung tut mit Rücksicht auf den Volkswohlstand das Beste. Es wurden die für den nächsten Jahres Ausgaben von \$6,980,173 im Jahre 1923/22 auf \$5,496,000 im Jahre 1924/23 herabgesetzt. Im laufenden Jahre werden die Ausgaben auf \$5,171,000 vermindert und im nächsten Finanzjahr auf \$5,003,000.

Was den Vorwurf anlangt, daß zu viele Beamte vorhanden seien, so muß darauf hingewiesen werden: Wenn Regierung und Parlament jede Summe Geldes aufwenden, um den Gehältern der Beamten zu bezahlen, ist ihre Arbeitslosigkeit zu unterhalten, können wir nicht zu gleicher Zeit Beamte entlassen.

Besonderen Nachdruck legte Premier Dunning auf die weitere Verbesserung von beträchtlichen Zuschüssen zu dem Unterrichtswesen der Provinz. Im letzten Finanzjahr betrug die Summe \$3,390,000. Unsere Schulzuschüsse sind höher als die jeder anderen Provinz in Canada.

Die öffentliche Schuld, einschließlich vorübergehender Verpflichtungen, belief sich am 27. Februar auf \$56,157,040 oder \$67.77 pro Kopf. Um das richtige Bild zu gewinnen, muß man davon \$27,249,000 abziehen, die für Einrichtungen entfallen, die ihre eigenen Schuldenlasten tragen. Währen verbleibt eine Restschuld, für die die Bevölkerung der Provinz verantwortlich ist und welche Zinsen zu zahlen sind, in Höhe von \$28,907,000 oder \$34.88 pro Kopf. Die Politik der Regierung ist darauf gerichtet, die hohen Schulden möglichst niedrig zu halten. Auch in dieser Hinsicht ist unsere Lage günstig, verglichen mit den anderen westlichen Provinzen. Unsere Schuld ist pro Kopf berechnet, um die Hälfte geringer als die von British Columbia und um zwei Drittel geringer als die Albertas und Manitobas.

Im weiteren Verlauf der Rede kam der Premier auch auf die Finanzverhältnisse zu sprechen. Die Lage habe sich in dieser Hinsicht nicht geändert. Die Finanzzustände beliefen sich bis Ende Februar 1924 auf \$565,000.

Die Finanzlage im laufenden Jahre zeigt eine Besserung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Bis Ende April ist ein Bardefizit vorhanden kein wird, läßt sich noch nicht sagen. Aber er hoffe, aus diesem Jahre ohne Schulden zu hervorgehen. Bezüglich der Zukunft könne man sich Vertrauen vorraussetzen. Wir hoffen auf den einmal betretenen Weg mit jenem Mut und jener Entschlossenheit weiterzudringen, die für die Fortschritt der Provinz so charakteristisch sind, in tiefen Klüften an den Boden unter unserer Füßen und an die bürgerliche Gemeinschaft. Die wir in der Provinz von Saskatchewan aufbauen.

## Das canadische Parlament in Ottawa

zeichnet sich wie andere Körperlichkeiten ähnlicher Art durch die Schamlosigkeit seiner Mitglieder aus. Es wird dort immer noch über die Fronte und über die Rede des Premier King, über die wir in letzter Nummer des "Courier" berichteten, diskutiert und dabei mit lauem Stroh gedroschen. Wenn untern Kommando mit Neben gelassen wäre, müßte noch der bisherige Debattentanz sich lösen sein. Denn bei der Ursprünglichkeit, mit der dort jede Rede von dem Premier durchgeführt wurde, sollte man meinen, daß das Eigentum der Zeit der Weisheit schon gefunden ist.

Son. Ernest Cassin, der Justizminister und Führer des französischen Blockades, erklärte, Canada's Handel und Nationalcreditum seien größer als je zuvor und die Verteuerung des Landes sei geringer als in jedem anderen Teile des britischen Reiches.

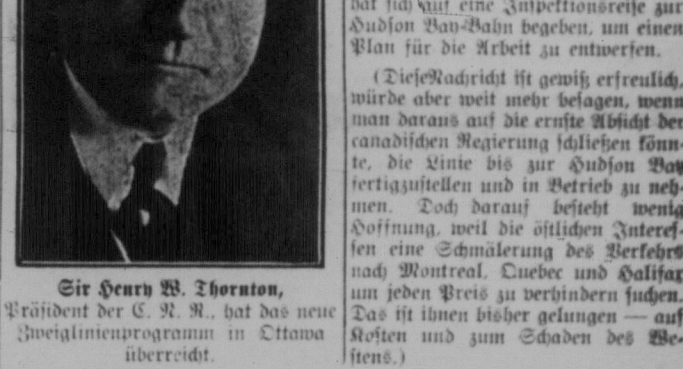
## Bei Provinzialwahlen in Alberta

Sind in Zukunft 25 Namen auf Nominationspapieren notwendig.

Edmonton. — Kandidaten bei Provinzialwahlen werden nach dem Willen des Komitees der Alberta Legislatur in Zukunft 25 Unterschriften auf ihren Nominationspapieren benötigen, bevor ihre Namen auf die Stimmzettel gesetzt werden. Bisher wurden nur 4 Namen benötigt.

Außerdem sind statt der bisherigen 3 nur 2 Monate Ortsausenthalt in dem betreffenden Wahlbezirk notwendig. Der Wähler muß aber vor der Wahl mindestens 12 Monate in der Provinz gelebt haben.

Calgary. — Die Stohlenbergaute von Alberta werden am 1. April in Streit treten, da die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien am Samstag endgültig abgebrochen worden sind.



Sir Henry B. Thornton, Präsident der C. N. R., hat das neue Zweiglinienprogramm in Ottawa überreicht.

## Alkoholverbot in Ver. Staaten undurchführbar

Eingeständnis des amerikanischen Admirals C. P. Plunkett

Washington ist "nächste Stadt" in den Ver. Staaten.

Die Prohibition kann unter den jetzigen Umständen d. h. bei den allgemeinen einschlägigen Gelegenheiten nicht durchgeführt werden. Wenn alle Richter in der Stadt New York und alle Anwälte ihre ganze Zeit in den Gerichten auf nichts anderes als auf Prohibitionsfälle verwenden würden, so würden sie einer wirklichen Erzwingung der Prohibition auch noch nicht mächtig werden können.

Diese Ansicht vertrat gestern Admiral Charles P. Plunkett, der Kommandant der Brooklyn Navy Yard, im Polizeihauptquartier, wo er als Zeuge in dem Disziplinverfahren gegen Polizeikommissar George A. Walerfeld vorgeladen worden war. Inspektor Walerfeld ist einer der zahlreichsten Polizeibeamten gleichen Ranges, die sich auf die Aufrechterhaltung der Disziplin bei der Durchführung der Prohibitionsregeln in ihren Distrikten zu verantworten haben.

Eine weitere, interessante Ansicht gab der Admiral zum besten, indem er die Bundeshauptstadt Washington als die "nächste Stadt in den ganzen Vereinigten Staaten" bezeichnete. Er war gefragt worden, wo er vor der Übernahme seines jetzigen Postens von Kommando stationiert gewesen sei, und hatte Washington genannt. Als die Polizeikommissioner John A. Leahy, der bei der Verhandlung den Vorsitz führte, wollte wissen, wie die Prohibitionsverhältnisse in New York im Vergleich mit denen in Washington seien. Darauf stellte der Admiral der Bundeshauptstadt das erwähnte beneidenswerte Zeugnis aus.

Der Plunkett behauptete, die Polizei auf Verlangen, daß er gegen die Prohibition in der unmittelbaren Nähe der Marineverle, die zum Distrikt Inspektor Walerfeld gehört, keinerlei Schwierigkeiten zu erheben habe. Ihm sei bei seinen Bemühungen jede mögliche Unterstützung zuteil geworden, und er sei überzeugt, sagte er, daß die Marine würde, wenn man Volle, ihre Taktiken für diesen Zweck Matrizenformen anzuwenden zu lassen, abgelehnt hätte. Er selbst habe die von ihm verfügte Sperrzone um die Werft, sowie die Matrizen in Frage kommen, einfach dadurch trocken gemacht, daß er den Matrizen den Aufenthalt darin verboten habe. Dadurch sei den Schnapsverkäufern die Handlung entzogen worden.

Die Prohibition konnte nach Ansicht des Admirals nur erzwingen werden, wenn Durchführungsregeln "mit Zähnen" geschaffen würden. Wenn Käufer und Verkäufer alkoholischer Getränke ebenso wie die Verkäufer jedesmal auf fünf Jahre ins Gefängnis geschickt werden könnten, würde sich die Situation bald ändern, meinte der Plunkett. Als er von der Methode des "harten Arms" von der Polizei, die Schnaps verkaufen, gesprochen hatte, verweigerte er sich gegen die Annahme, als trete er für Nichtachtung der gesetzlichen Maßnahmen und der Gerichte ein.

## Hohe Warenpreise und niedrige Preise für Farmprodukte

Ererar glaubt nicht an einen Welt-Warenpool.

Winnipeg. — Auf der Wirtschaftskonferenz von Manitoba erklärte der Hauptredner Don L. A. Ererar, der Farmer bezahle heute durchschnittlich 70 Prozent mehr für seine Waren, während er für seine Produkte nur 13 Prozent mehr als 1913 erhalte. Deswegen töche es mit der Landwirtschaft lebhaft. Das sei die Ursache, warum Hunderte von jungen Leuten die Farmen verlassen und Arbeit in der Stadt suchen. Das brauche die Farmer der Arbeitskräfte, die sie brauchen, und das wirtschaftlich ungesund. Es sei ein Problem, das nicht nur die Farmer, sondern auch die anderen Störpfeiler lösen müßten.

Das Heilmittel liege in der Verminderung der Produktionskosten. Die steigerten Produktionskosten der Waren, die der Farmer brauche, seien den erhöhten Kosten der Arbeitskräfte und der verminderten Zahl der Arbeitsstunden zuzuschreiben. Er wolle nicht auf das Recht der Unrast der Arbeiter eingehen, aber die Frage berühre den Farmer in erster Reihe.

Wenn die Kosten nicht vermindert würden, würden die Farmer von Manitoba in wachsender Zahl zur Hauswirtschaft übergehen müssen, das heißt, sie würden viele Dinge, die sie jetzt kaufen, im eigenen Hause herstellen, und das würde für das Gesellschaften nicht von Vorteil sein.

Die Transportfrage sei von größter Wichtigkeit für den Farmer. Die Kosten könnten herabgesetzt werden, wenn der Verkehr freigemacht werde, und das könne durch Zusammenlegung richtiger Art erreicht werden.

Mr. Ererar erklärte, daß Anstrengungen seitens der Farmer, die Preise ihrer Produkte festzusetzen oder zu kontrollieren, sich als falsch erweisen würden. Es sei unmöglich, den Weltmarkt für zu kontrollieren, denn wenn irgendwo Canada, Australien und Argentinien ein gemeinsamer Plan, den Preis um 10 Cent pro Bushel zu erhöhen, festgelegt werde, würde dies einfach den Anbau in Ausland und anderen Ländern verhindern. Das könnte nur gelingen, wenn die Anbaufläche und der Anbau nicht ebenfalls kontrolliert werden könnten.

viel Steuern zahlen wie jedes alliierte Volk und die Reparationslast tragen. Die deutsche Wirtschaftsmaschine dürfe nur unter deutscher Kontrolle, ausgerüstet von außen, arbeiten. Wiederholungen für Reparationen würden sofort bezahlt und gegengerechnet werden gemäß der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens.

## Lezte Nachrichten

Berminderung der britischen Arme abgelehnt

London, 18. März. — Im Unterhause wurde ein Antrag des linken Flügel der Arbeiterpartei, die Armee um 150,000 Mann zu vermindern, mit 347 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Internationale Bank von Sachverständigen vorgeschlagen

Paris, 18. März. — Der Vorsitz des Sachverständigen-Ausschusses unter Dames schlägt die Gründung einer Bank mit internationalem Kapital vor. Frankreich müsse seine Herrschaft im Nahgebiet einschränken. Das deutsche Volk solle ebenfalls

Coolidge für Anleihe an Frankreich

Washington, 18. März. — Obwohl er von den New Yorker Finanzleuten nicht um seine Verweigerung des Darlehens erwidert worden ist, welches bei der Bank von Frankreich modern, sieht Präsident Coolidge Darlehen amerikanischer Finanzinteressen an Regierungen des Auslandes als der governmentalen und privaten Ermutigung würdig an.